

# KEINE STAATSHILFEN

## MARKTWIRTSCHAFT WAGEN // VERANTWORTUNG TRAGEN

- Die Politik verabschiedet sich in vielen Politikfeldern von jenem ordnungspolitischen Rahmen, der über sechzig Jahre den wirtschaftlichen Wohlstand und den freien Wettbewerb garantierte. Die ordnungspolitische Orientierung hat mit dem „Rettingsübernahmegesetz“ einen neuen Tiefpunkt erreicht. Der Schutz des Privateigentums und die Vertragsfreiheit sind konstituierende Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.
- Mit den erwogenen Eingriffen in die Realwirtschaft (u. a. Opel, Schaeffler) reißt die Politik weitere ordnungspolitische Leitplanken ein. Anders als bei großen Kreditinstituten, die in Schieflage geraten, geht von einzelnen Unternehmen kein systemisches Risiko aus.

## WO LIEGEN DIE PROBLEME?

Die Soziale Marktwirtschaft steht auf dem Spiel

- Risiko und Haftung müssen eine Einheit bilden. Wenn es gut läuft, erzielen Unternehmer Gewinn, wenn es schlecht läuft, haften sie mit ihrem Vermögen. Wer dieses Grundprinzip in der Krise außer Kraft setzt, stellt unser freiheitliches Wirtschaftssystem zur Disposition.
- Es ist – anders als bei Finanzinstituten – nicht mit Engpässen in der Versorgung zu rechnen, wenn einzelne Produzenten ausfallen. Ganz im Gegenteil: In einigen Branchen existieren gewaltige Überkapazitäten. Die Insolvenz von Unternehmen ist – entgegen der Darstellung in der Öffentlichkeit – nicht gleichbedeutend mit Beschäftigungsverlusten. Es gibt keine Alternative zur Korrektur durch die Märkte. Diese Korrektur muss „sozial“ abgefedert und politisch begleitet werden. Am Ende stehen immer gesündere Strukturen.

## WAS IST ZU TUN?

Klares Bekenntnis zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft

- Klares **Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft** als Ordnungskonzept für eine dauerhaft funktionsfähige Marktwirtschaft, die auf Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung baut. Weiteren direkten oder indirekten Staatsbeteiligungen sind seitens der Politik eine klare Absage zu erteilen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Betriebe zu retten, da Marktberichtigungen – z. B. aufgrund von Überkapazitäten – fundamentaler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft sind. Jeder Eingriff in die Unternehmenspolitik macht den Staat zum einseitigen Mitspieler, verzerrt den Wettbewerb und hebt die Haftung aus.
- Der Staat ist Regelssetzer und hat jede **Intervention in die Wirtschaft zu unterlassen**. Enteignungen von Banken und Unternehmen muss die Politik ausschließen. Weiterhin muss die Politik jetzt einen Fahrplan zum Ausstieg aus der Staatswirtschaft vorlegen.
- **Reform des Insolvenzrechts statt „Rettingsübernahmegesetze“**: Was wir jetzt und für die Zukunft brauchen ist ein Gesamtkonzept für den Umgang mit Finanzinstituten in der Krise statt ständiger Schnellschüsse für immer mehr Einzelfälle. Eine Insolvenzrechtsreform könnte zur erfolgreichen Sanierung von Unternehmen beitragen, so dass die individuelle Verantwortung von Unternehmern, Managern und Anlegern wieder Leitbild des finanziellen und wirtschaftlichen Engagements werden kann.